

Anlage 2
(Hinweis: In diesem Dokument befinden sich Bearbeitungshinweise in kursiver Schrift.)

ZUWENDUNGSBESCHEID
(Projektförderung)

Zuwendung des Landes Nordrhein-Westfalen gemäß den §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) i.V.m. der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen gemäß § 96 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetzes-BVFG) durch das Land Nordrhein-Westfalen vom 10. Februar 2022

Antrag vom _____

Anlagen:

- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)
- Vordrucke für
 - Auszahlungsanforderung
 - Verwendungsnachweis
 - Datenschutzrechtliche Hinweise

Sehr geehrte/r

1. Bewilligung:

Auf Ihren oben angegebenen Antrag bewillige ich Ihnen für die Zeit vom _____ bis _____ (Bewilligungszeitraum)

eine Zuwendung (gem. der §§ 23, 44 LHO) in Höhe von

(in Worten: _____ **EUR** _____ Euro).

2. Zur Durchführung folgender Maßnahme:

Die Zuwendung ist zweckgebunden. Sie darf nur entsprechend Ihrem Antrag vom _____ und dem dazugehörigen Finanzierungsplan für folgendes Projekt verwendet werden:

a) *Zuwendungszweck: (hier ist eine präzise Kurzbeschreibung der Maßnahme im Hinblick auf den Verwendungszweck einzusetzen wie z.B. Barbarafeier zur Erhaltung der Kultur der Landsmannschaft)*

b) *Ziel: Nach 4.2.3 VV zu § 44 LHO müssen Verwendungszweck und Ziel so eindeutig und detailliert festgesetzt werden, dass sie auch als Grundlage für eine begleitende und abschließende Kontrolle des Erfolgs des Vorhabens oder Förderprogramms dienen können:*

*S*pezifisch (genau beschrieben)

*M*essbar (zählen, messen, wiegen)

*A*kzeptiert (ambitioniert aber angemessen)

*R*ealistisch (Zielerreichung muss tatsächlich möglich sein)

*T*erminiert (zeitlich bestimmt)

Projektziele, die einen Verlauf beschreiben, sind ungeeignet; vielmehr soll ein Zustand beschrieben werden.

Das Projekt ist, wie im Antrag dokumentiert, in der Zeit vom _____ bis _____ in _____ durchzuführen (Durchführungszeitraum).

Gegenstände, die zur Erfüllung des Verwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Verwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Anschließend kann über die Gegenstände sachgerecht verfügt werden.

3. Finanzierungsart/-höhe, zuwendungsfähige Ausgaben:

Die Zuwendung wird in Form einer Anteilfinanzierung in Höhe von _____ Prozent zu zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe von _____ EUR als Zuwendung gewährt (Höchstbetrag siehe Zuwendungsbetrag).

4. Zuwendungsfähige Gesamtausgaben:

Seite 3 von 6

Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben wurden auf der Basis Ihres Antrags wie folgt ermittelt:

Gesamtausgaben

Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben wurden auf der Basis Ihres Antrags wie folgt ermittelt:

Zur Förderung beantragte Gesamtausgaben _____ EUR

./ nicht zuwendungsfähige Ausgaben _____ EUR

./ Deckungsmittel (Einnahmen ohne öffentliche Förderung) _____ EUR

= Bemessungsgrundlage (zuwendungsfähige Gesamtausgaben) _____ EUR

Es werden die im Antrag geltend gemachten Ausgaben als zuwendungsfähig anerkannt. / Abweichend vom Antrag sind folgende Ausgaben nicht zuwendungsfähig: _____ EUR.

Gründe: _____

Finanzierungsplan

Zuwendungsfähige Gesamtausgaben (100 %) _____ EUR

Eigenmittel (___ %) _____ EUR

Deckungsmittel (weitere öffentliche Förderung) _____ EUR

Zuwendung (___ %) _____ EUR

5. Auszahlung

Die Zuwendung wird auf Ihre Anforderung nach den Nrn. 1.4 und 1.4.1 der ANBest-P ausgezahlt und auf das im Antrag bezeichnete Konto überwiesen. Das Formular „Auszahlungsanordnung“ ist zu verwenden.

Dieser Bescheid ist rechtbehelfsfähig. Eine Auszahlung kann erst erfolgen, wenn der Bescheid bestandskräftig geworden ist (nach Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides). Sie können die Bestandskraft herbeiführen und damit die Auszahlung der Zuwendung beschleunigen, wenn Sie schriftlich erklären, dass Sie auf Rechtsbehelfe verzichten. Aufgrund des bevorstehenden Kassenschluss ist der letzte Auszahlungsantrag bis zum _____ hier einzureichen.

6. Nebenbestimmungen im Sinne von § 36 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG NRW)

6.1 Die beigefügten ANBest-P sind Bestandteil dieses Bescheides. Ich weise insbesondere auf die Mitteilungspflichten nach Nr. 5 ANBest-P hin.

Abweichend oder ergänzend wird Folgendes bestimmt:

6.1.1 Auf die Erhebung angemessener Teilnehmerbeiträge und Entgelte gemäß Punkt 5.4.1.7 der *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen gemäß § 96 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebengesetz – BVFG) durch das Land Nordrhein-Westfalen (Runderlass des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen vom __.__.2022)* wird hingewiesen.

6.1.2 Verkaufseinnahmen aus Veröffentlichungen wissenschaftlicher und künstlerischer Art mindern gemäß Punkt 5.4.1.8 der unter a) genannten Richtlinie die zuwendungsfähigen Ausgaben. Sie sind bis zur Vorlage des Verwendungsnachweises zu berücksichtigen.

6.1.3 Es ist ein Verwendungsnachweis nach beigefügtem Muster - ergänzt um den Fragebogen zur Erfolgskontrolle - spätestens innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes vorzulegen.

6.1.4 Die Förderung durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (MKW NRW) ist an geeigneter Stelle deutlich hervorzuheben. Das Logo des MKW NRW kann aus diesem Grunde zur Verfügung gestellt werden.

6.1.5 Die Zweckbindungsdauer für die aus der Zuwendung beschafften /hergestellten Gegenstände beträgt ____ Jahre nach Abschluss des Vorhabens. Nach Ablauf dieser Frist können Sie über diese Gegenstände frei verfügen.

6.1.6 Die beigefügten datenschutzrechtlichen Hinweise werden Bestandteil des Bescheides.

7. Hinweise:

Ich weise zudem darauf hin, dass aus dieser Bewilligung nicht geschlossen werden kann, dass die Förderung auch in künftigen Haushaltsjahren im bisherigen Umfang erfolgt.

Es ist nicht auszuschließen, dass die Entwicklung der Haushaltslage des Landes NRW Kürzungen von Zuwendungen im Rahmen der Haushaltsplanung erfordert oder Zuwendungen deswegen ganz entfallen.

Ich bitte Sie, dieses Finanzierungsrisiko, insbesondere bei Abschluss, Änderung oder Verlängerung von Verträgen (zum Beispiel für Mietobjekte oder für Personal), zu berücksichtigen. *(Nur bei wiederkehrender Projektförderung.)*

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht

1. Aachen, Adalbertsteinweg 92, 52070 Aachen,
2. Arnsberg, Jägerstr. 1, 59821 Arnsberg,
3. Düsseldorf, Bastionstr. 39, 40213 Düsseldorf,
4. Gelsenkirchen, Bahnhofsvorplatz 3, 45879 Gelsenkirchen,
5. Köln, Appellhofplatz , 50667 Köln,

6. Minden, Königswall 8, 32423 Minden/Westfalen,

7. Münster, Piusallee 38, 48147 Münster,

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden.

Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer – Rechtsverkehrs-Verordnung ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803).

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder Abschrift beigefügt werden. Der Klage sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet.

Die Bestandskraft des Bescheides tritt einen Monat nach Bekanntgabe ein. Sie können die Bestandskraft des Bescheides vorzeitig herbeiführen, wenn Sie der Bewilligungsbehörde gegenüber schriftlich auf die Einlegung von Rechtsbehelfen verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag